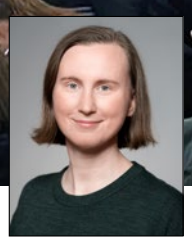
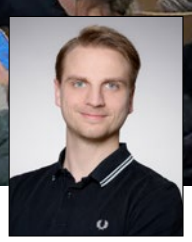
Die Linke
Fraktion in der BVV Pankow

Ausgabe 06/2025

Fraktionsreport





Von Maria Bigos und Maximilian Schirmer, Fraktionsvorsitzende

Jugendamt mauert bei kritischen Nachfragen – Der „Bauturbo“ kommt nach Pankow

Bericht aus der 34. Tagung der BVV Pankow

In der 34. Tagung in dieser Wahlperiode am 12. November wurden einige wichtige Anträge der Linksfraktion verabschiedet. Darunter einige ältere, die als Beschlussempfehlungen der Fachausschüsse nun wieder vorlagen: Die Stärkung der kostenlosen bezirklichen Mieterberatung und die Unterstützung des Strandbads Weißensee bei der Bewältigung einer großen Grundsteuererhöhung, die den Weiterbetrieb gefährdete.

Darüber hinaus freuen wir uns über die einstimmige Mehrheit der BVV für den von uns vorgeschlagenen Grundsatzbeschluss zur Umsetzung des neuen „Bauturbo“-Gesetzes der Bundesregierung in Pankow. Obwohl wir die Zielsetzung des Gesetzes begrüßen, ergeben sich durch die neue Gesetzeslage Regelungslücken auf der bezirklichen Ebene, die nun hoffentlich geschlossen werden können. Der „Bauturbo“ darf kein Freifahrtschein für Investoren sein – Pankow braucht bezahlbaren, nachhaltigen und sozial gerechten Wohnungsbau!

Außerdem forderten wir das Bezirksamt auf, sich gegenüber dem Senat für eine Anpassung der neuen Zumessungsrichtlinien für Lehrkräfte an Berliner Schulen einzusetzen. Die CDU-geführte Senatsverwaltung für Bildung will Förderstunden nicht mehr basierend auf dem Anteil an Kindern mit Förderbedarf oder aus einkommensschwachen Familien verteilen. Dadurch drohen mehreren Pankower Schulen massive Nachteile. Die Mehrheit der BVV folgte unserer Initiative.

Tiefpunkt der Sitzung war das erneute Mauern der Bezirksstadträtin für Jugend und Familie Rona Tietje (SPD) beim Thema junge Geflüchtete. Es gibt begründete Kritik, dass das Jugendamt Pankow Jugendhilfeleistungen für junge Geflüchtete bei Erreichen der Volljährigkeit rigoros beendet – auch dann, wenn der individuelle Bedarf weiterbesteht und fachlich begründet ist. Wie schon im Kinder- und Jugendhilfeausschuss wiegelte die Jugendstadträtin die Kritik ab, versperrte sich unserem Antrag dazu und beschwerte sich über das parlamentarische Fragerecht. Aufgelöst wurde der Sachverhalt also nicht und im Grunde auch nicht negiert. In der Debatte wurde mit Rückendeckung der SPD-Fraktion versucht, das Vorgehen des Jugendamtes als rechtens darzustellen. Der Antrag scheiterte letzten Endes an der Blockadehaltung, der sich alle anderen Fraktionen außer Die Linke anschlossen. Wir bleiben an der Sache dran. Mehr Hintergründe dazu auf Seite III.

Die wenigen verbliebenen Tagesordnungspunkte zur Aussprache wurden auf die 35. Tagung am 10. Dezember vertagt. Da dies die letzte Ausgabe des Fraktionsreports in diesem Jahr ist, berichten wir darüber in neuem Jahr. Wenn Sie vorher wissen wollen, wie es weitergeht, abonnieren Sie gern unseren Newsletter mithilfe des QR-Codes, den Sie auf Seite IV finden.

Verschlechterungen der Lehr- und Lernbedingungen durch neue Zumessungsrichtlinien verhindern!

Die neuen Zumessungsrichtlinien 2025–2027 des Senats drohen die Lehr- und Lernbedingungen in Pankow zu verschlechtern: Schulen mit vielen Kindern aus einkommensarmen Familien oder mit Förderbedarfen (Lernen, Sprache, emotional-soziale Entwicklung) verlieren ihre bisher bedarfsorientierten Zusatzstunden, während Gymnasien profitieren. Künftig sollen alle Schulen gleich viele Förderstunden erhalten – unabhängig vom tatsächlichen Bedarf. Das verschärft Bildungsungleichheiten und konterkariert den Weg zur inklusiven Schule. Besonders widersprüchlich: Die gerade ausgezeichnete Maria-Leo-Grundschule soll trotz Deutschem Schulpreis Lehrkraftstunden abgeben. Wir fordern in der heutigen BVV, dass sich das Bezirksamt beim Senat dafür einsetzt, dass keine Pankower Schule schlechter gestellt wird und die Kürzungen bei Lehrkräften, Erzieher*innen und Förderstunden zurückgenommen werden – für echte Bildungsgerechtigkeit, inklusive Schulen und gute Lern- und Arbeitsbedingungen (Drucksache IX- 1274).

„Bauturbo“ in Pankow – aber mit Plan!

Seit Oktober gilt das neue Bundesgesetz zur Beschleunigung des Wohnungsbaus („Bauturbo“). Die Zielrichtung ist richtig, doch auf Bezirksebene entstehen Regelungslücken – einige Kommunen haben bereits Grundsatzbeschlüsse gefasst.
Wir fordern für Pankow klare Leitplanken: transparente Verfahren, die Berücksichtigung von Umwelt- und Nachbarschaftsinteressen, die Entscheidungshoheit der BVV bei strittigen Bauanträgen sowie die Fortführung des Kooperativen Baulandmodells mit Finanzierung nötiger Kita-/Schulplätze und mindestens 30 % gebundener, bezahlbarer Wohnfläche. Der „Bauturbo“ darf kein Freifahrtschein für Investoren sein – Pankow braucht bezahlbaren, nachhaltigen und sozial gerechten Wohnungsbau (Drucksache IX- 1273).

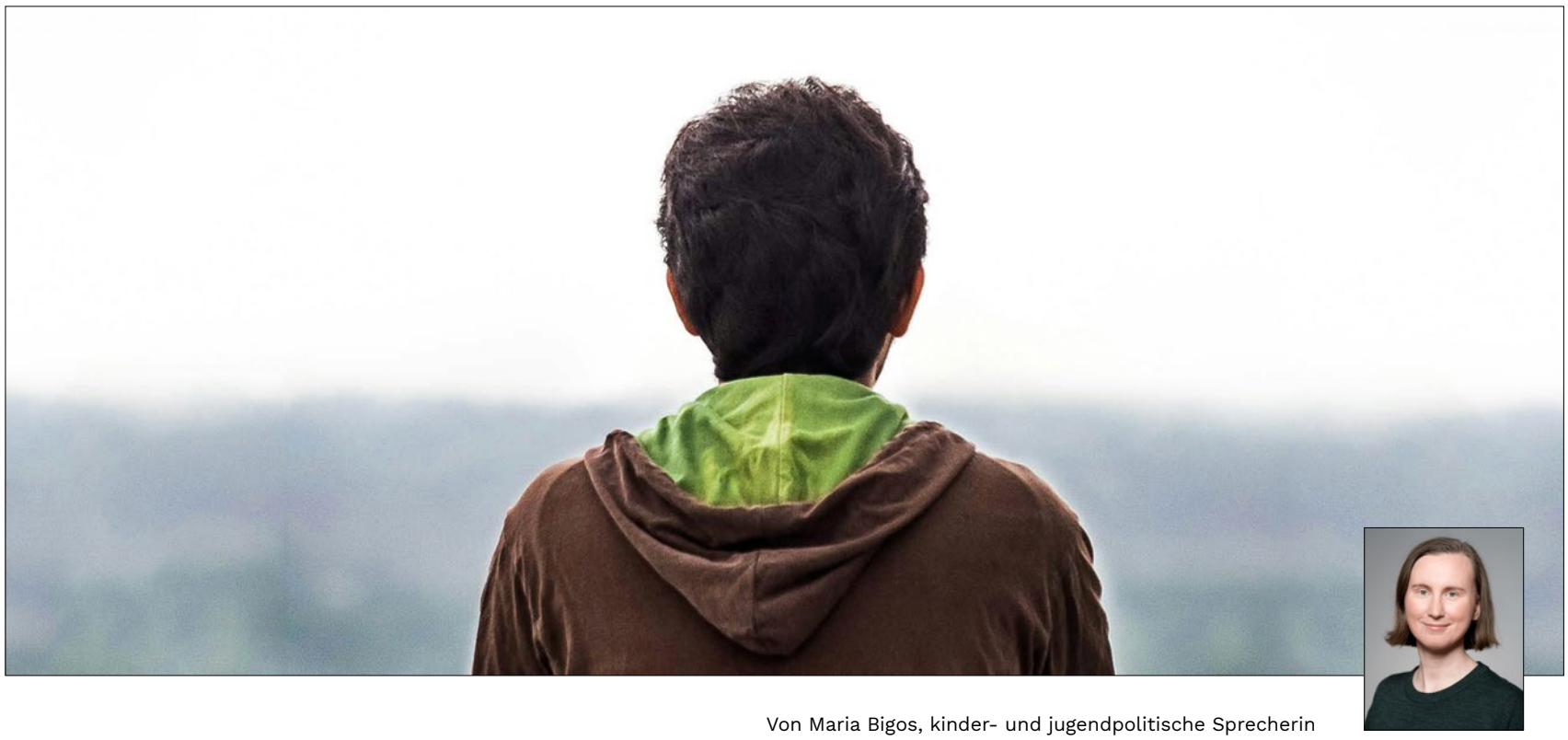
Mehr Demokratie im Bezirk: BVV frühzeitig beteiligen!

Wir wollen mehr Transparenz und frühzeitige Beteiligung der BVV. Das Bezirksamt soll regelmäßig aus dem Rat der Bürgermeisterinnen berichten, gefasste Beschlüsse der BVV vorlegen und Ziel- sowie Servicevereinbarungen vor ihrem Abschluss zur Abstimmung in die BVV geben – damit Ausschüsse, insbesondere der Kinder- und Jugendhilfeausschuss, ihre Rechte wahrnehmen können.
Bisher wurden Ziel-/Servicevereinbarungen wiederholt erst nachträglich als Kenntnisvorlage eingereicht, Berichte aus dem Rat der Bürgermeisterinnen blieben seit 2023 weitgehend aus. Bereits zugesagte Verfahren zur besseren Abstimmung wurden bislang nicht umgesetzt (Drucksache IX- 1275).

Warum nicht auch in Pankow? – Zum Mietwucher-Urteil in Friedrichshain-Kreuzberg

Von Fred Bordfeld, stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Frankfurt am Main hatte vorgemacht, wie es geht: Von 2020 bis Mitte 2024 wurden dort ca. 1.400 Verfahren wegen Mietpreisüberhöhung nach Wirtschaftsstrafgesetz (WiStrG) geführt und 321.000 € Strafen und 420.000 € Rückzahlungen durchgesetzt.
In Berlin hat Friedrichshain-Kreuzberg im Oktober nun den berlinweit ersten rechtskräftigen Bußgeldbescheid wegen Mietpreisüberhöhung verhängt. Knapp 50.000 € muss eine Vermieterin zahlen, die für 38 m² 190% über der ortsüblichen Vergleichsmiete verlangt hatte. Die dortige Bezirksstadträtin Regine Sommer-Wetter (Die Linke) spricht von einem „guten Tag für die Mieterinnen und Mieter“ und hofft auf Vorbildwirkung.
Aber warum bewegt sich in Pankow nichts? Die Zahlen im Bezirk sind alarmierend: Seit Oktober 2024 wurde die Mietwucher-App der Linken allein in Pankow 8.759mal genutzt. Die durchschnittliche Überschreitung der Miete liegt bei 45,85 %. In 3.411 Fällen sogar über 50 % – potenziell eine Straftat nach WiStrG. 2024 Verdachtsfälle liegen beim Wohnungsamt Pankow vor. Die Antwort der Verwaltung: keine personellen Ressourcen. In Friedrichshain-Kreuzberg hat eine einzige Stelle gereicht für diesen ersten Erfolg.
Mehr Personal hat die BVV auf Antrag der Linksfraktion 2024 beschlossen. Doch zwischen Beschluss und Umsetzung klafft eine Lücke. Auf unsere Anfrage schreibt das Bezirksamt: „Der Fachbereich verfügt über keine personellen Ressourcen, um der berechtigterweise bestehenden Forderung nach einer sachgerechten Bearbeitung der Fälle nach § 5 WiStrG nachzukommen.“ – Das ist eine rechtsstaatliche Bankrotterklärung.
Erst ab 2027 sind hierfür Stellen eingeplant. Bis dahin beschränkt man sich auf ein Beratungsangebot – zu wenig für den bevölkerungsreichsten Bezirk mit den zweithöchsten Mieten Berlins. Das Land muss den Bezirken einen Personalaufbau ermöglichen, um hier langfristig einen hohen Verfolgungsdruck zu erzeugen. Die Zwangslage des angespannten Berliner Wohnungsmarktes muss außerdem durch die Berliner Verwaltung rechtssicher dokumentiert werden, um vor Gerichten bestehen zu können. Es braucht jetzt kein Beklagen der Situation mehr, sondern tatkräftiges Handeln.



Von Maria Bigos, kinder- und jugendpolitische Sprecherin

Beendet das Jugendamt Pankow systematisch Hilfen für junge Geflüchtete? Linksfraktion geht Beschwerden nach und solidarisiert sich

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz gilt für alle – unabhängig von Herkunft oder Aufenthaltsstatus. Seit Frühjahr 2025 aber beobachten Betroffenenverbände mit Sorge eine zunehmende Tendenz zur vorzeitigen Beendigung von Jugendhilfeleistungen für junge Geflüchtete. Im April 2025 veröffentlichten der Flüchtlingsrat Berlin e.V., das Berliner Zentrum für selbstbestimmtes Leben behinderter Menschen (BZSL) und das Beratungs- und Betreuungszentrum für junge Flüchtlinge und Migrant*innen (BBZ) ein gemeinsames Positionspapier, in dem sie das Vorgehen der Jugendämter als berlinweites Problem deklarieren.

Im Juli 2025 wandten sich dann auch Jugendhilfeträger zusammen mit Mitarbeitenden im Jugendamt Pankow in einem offenen Brief an den zuständigen Kinder- und Jugendhilfeausschuss. Sie sprechen von einer klaren Systematik und von einem „kaputten System“, das die jungen Menschen ohne Bedarfsprüfung mit Erreichen der Volljährigkeit aus der Jugendhilfe in die Obdachlosigkeit entlässt. Denn diese jungen Menschen bilden eine besonders vulnerable Gruppe, weil sie Diskriminierungen ausgesetzt sind. Ihre Chance auf dem angespannten Berliner Wohnungsmarkt unterzukommen, geht gegen Null.

Die Verbände und Träger führen die Situation unter anderem auf Haushaltskürzungen des Landes und bezirkliche Haushaltslöcher zurück. Pankow ist dahingehend doppelt betroffen. Es ist auch kein Geheimnis, dass ein solches Vorgehen bereits zu Beginn der bezirkseigenen Haushaltskrise als senatsseitiger Vorschlag für mögliche Einsparungen im Raum stand – damals für alle Volljährigen, die aus Heimen und betreuten Jugendwohngruppen in ein selbstständiges Leben finden sollen. Die erhobene Kritik ist demnach an die Befürchtung gebunden, dass die damals offen erwogene Kürzungsmaßnahme jetzt klammheimlich bei einer Betroffenengruppe durchgezogen wird, die keine realen Möglichkeiten hat, sich dagegen zu wehren.

Jugendämter und Senat wiederum argumentieren mit den beschränkten Platzkapazitäten. Beides ist aber ein hausgemachtes Problem. Denn sowohl im Landes- als auch im Bezirkshaushalt wurden die falschen Prioritäten gesetzt und der Senat baut Plätze ab, obwohl die Bedarfe insgesamt steigen. In keinem Fall aber sind die bezirklichen Jugendämter von ihrer Pflicht entbunden, die staatliche Wächterfunktion auszuüben und für das Wohl junger Menschen zu sorgen. Eine Überprüfung der individuellen Bedarfe muss erfolgen. Stattdessen aber werden Verfahren widerrechtlich beschleunigt.

In Pankow werden gesetzliche Vorgaben für sogenannte Hilfeplangespräche auf nur einen Monat vor Auslaufen eines Hilfezeitraumes verkürzt – das gab das Jugendamt Pankow auf Nachfrage der Linksfraktion selbst zu. Abschlussgespräche finden teilweise erst nach Beendigung der Leistungen statt. Fehlt es an Einvernehmen über die Beendigung einer Hilfeleistung, wird das lediglich notiert. Dabei sind die Jugendämter zu einer verbindlichen Übergangsplanung bereits ab einem Jahr vor Beendigung der Hilfen verpflichtet. Anstatt aber die Kritik ernst zu nehmen und den Sachverhalt aufzuklären, verwendet das Jugendamt derzeit alle Energie darauf, die Debatte abzuwehren. Fragen wird ausgewichen oder sich in Widersprüche verstrickt.

Das Vorgehen spart am Ende auch kein Geld, sondern schafft nur Zusatzkosten. Denn die Betroffenen werden letztlich in die Sozialhilfe abgeschoben und ohne altersangemessene Unterstützung werden bestehende Bedarfslagen zementiert und Lebenschancen verbaut. Das ist gesellschaftlich fatal und auch mit der Zielsetzung der Kinderfreundlichen Kommune nicht vereinbar, zu deren Umsetzung sich Pankow mit Verleihung des UN-Siegels verpflichtet hat. Das Recht auf individuelle Förderung und ein diskriminierungsfreies Leben ist für alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen zu gewährleisten. Daran halten wir als Linksfraktion fest und setzen uns auch weiterhin dafür ein, dass jeder junge Menschen ein selbstbestimmtes Leben führen kann – ohne Wenn und Aber.

Macht das Bezirksamt seine Arbeit nicht? Linksfraktion hakt nach

Mit gleich achtzehn Kleinen Anfragen haben wir Anfang November beim Bezirksamt nachgehakt: Wie steht es um die Umsetzung zahlreicher Beschlüsse der BVV? Die Anfragen decken eine große Bandbreite an Themen ab – von der Stärkung der Mieterbeiräte bis hin zum Schutz sozialer Einrichtungen vor Schließungen. Gemeinsam ist ihnen: Das Bezirksamt blieb untätig oder kam seiner Berichtspflicht an die BVV nicht nach.

Seit geraumer Zeit haben wir beobachtet, dass Beschlüsse der BVV immer häufiger unbearbeitet liegen bleiben. Damit wird nicht nur die demokratische Kontrolle der Verwaltung durch die gewählten Bezirksverordneten unterlaufen – auch dringend notwendige Maßnahmen verzögern sich.

Besonders deutlich zeigt sich das am Beispiel der Drucksache IX-0854: Die BVV hatte bereits im Juli 2024 auf Antrag der Linksfraktion beschlossen, mögliche Kooperationen mit Kirchen und Wohnungsbaugesellschaften zu prüfen, um drohende Schließungen von Kitas und Senior*innen-Treffs zu verhindern. Doch wie das Bezirksamt im Mai 2025 einräumte, wurde der Antrag ein Jahr lang nicht an die zuständigen Ämter weitergeleitet. Er lag schlicht auf dem Schreibtisch der Bürgermeisterin. Herauskam das erst in der Debatte in der BVV über die Schließung der Senior*innen-Begegnungsstätte Grellstraße. Zu spät für die Rettung der Einrichtung.

Solche Versäumnisse sind leider kein Einzelfall. Zu zahlreichen weiteren BVV-Beschlüssen fehlen seit Monaten, teils Jahren, Zwischenberichte. Für uns ist klar: Das Bezirksamt muss seine Arbeit transparent und verantwortungsvoll erledigen. Mit unseren Kleinen Anfragen haben wir das Bezirksamt nun zum Handeln bewegt. Erste Antworten gehen ein. Sie können sie auf unserer Webseite unter “Anfragen“ nachlesen.

In einzelnen Fällen kommt dabei heraus, dass eine Drucksache erledigt ist, so zum Beispiel im Fall der Hinterlandmauer im Mauerpark. Unsere Fraktion hatte letztes Jahr beantragt, dass diese im Laufe der Bauarbeiten im Park für Graffitikünstler offengehalten werden sollte. Dies geschah auch, das zuständige Amt berichtete nur einfach nicht darüber. Manche Geschichten gehen auch gut aus.

Von Stefan Jagla,
Referent für Presse- und
Öffentlichkeitsarbeit

„Wir wollen rein!“

„Wir wollen rein, wir wollen rein!” riefen die Grundschülerinnen und -schüler der Grundschule am Weißen See. Am 3. November hatten sie sich im Rahmen einer Kundgebung vor ihrem eigentlichen Schulgebäude in der Amalienstraße versammelt, auch verschiedene Medienvertreter*innen waren gekommen. Grund hierfür war der erneut kurzfristig verschobene Einzugstermin, der für die Herbstferien geplant war. Dass Kinder dafür protestieren, IN eine Schule zu können, ist eher ein ungewöhnlicher Vorgang, aber mehr als verständlich: Seit 2018 harren rund 430 Schüler*innen der Grundschule im Ausweichgebäude in der Falkenberger Straße aus, für das ursprünglich ein Abriss geplant war! Entsprechend dürfte es sich anfühlen, dort unterrichtet zu werden. So ist beispielsweise das gesamte Erdgeschoss gesperrt, da dort die derzeitigen Anforderungen an den Brandschutz nicht erfüllt sind, wie aus unserer kleinen Anfrage Ende September hervorging. Aber auch der längere Schulweg von knapp 1,7 km stellt eine Herausforderung dar. Für viele Eltern ist dies ein großer Umstand, denn ein längerer Schulweg nimmt viel Zeit in Anspruch und die Kinder können aufgrund der Entfernung den Schulweg länger nicht eigenständig gehen. Besonders verärgert zeigten sich viele Eltern über die schlechte Kommunikation seitens des zuständigen CDU-Stadtrats über die erneute Verschiebung des geplanten Einzugstermins, der mittlerweile zum 5. Mal verschoben wurde und für die Herbstferien vorgesehen war. Mitte September wurde dies, was sicherlich deutlich vorher klar gewesen sein dürfte, in einem Schreiben an die Schule mitgeteilt. Die Umzugsvorbereitungen liefen zu dem Zeitpunkt bereits und die Klassenzimmer in der Falkenberger Str. waren schon ausgemistet - ein Umstand, bei dem die gesamte Schulgemeinschaft involviert war.

Kinder der Grundschule am Weißen See protestieren lautstark und sichtbar mit Ihren Eltern, um endlich in ihrer eigenen Schule unterrichtet zu werden.

Genannte Gründe für die Verzögerung sind seitens des Bezirksamtes u.a. massive Lieferengpässe – etwa bei Fenstern, Türen, technischen Anlagen oder Bodenbelägen –, witterungsbedingte Verzögerungen, krankheitsbedingte Ausfälle, unzuverlässige Fachfirmen und wiederholte Vandalismusschäden auf der Baustelle.

Von Susanne Kühne,
schulpolitische Sprecherin

So treten Sie mit uns in Kontakt

Die Linke
Fraktion in der BVV Pankow

Besuchen Sie unsere Bürger*innensprechstunde:

Jeden Dienstag von 14:00 bis 17:00 Uhr in unserem Fraktionsbüro

Fröbelstraße 17, Haus 7, Raum 109
10405 Berlin

Rufen Sie uns an unter:

(030) 42 02 08 73

Schreiben Sie uns eine Email an kontakt@linksfraktion-pankow.de oder wenden Sie sich direkt an unsere fachpolitischen Sprecher*innen.

In unseren thematischen Arbeitsgruppen können Sie sich zu einer Vielzahl von Themen einbringen:

Kennen Sie schon unseren Newsletter? Hier können Sie ihn abonnieren:

Folgen Sie uns auf Social Media:

www.linksfraktion-pankow.de

Herausgeber:

Linksfraktion in der BVV Pankow

Fröbelstraße 17, 10405 Berlin

Tel: 030 42 02 08 73
kontakt@linksfraktion-pankow.de

V.i.S.d.P.: Maria Bigos, Maximilian Schirmer

Die nächste Ausgabe erscheint im Februar 2026.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.